

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Mein Zeichen
schw

Durchwahl
04441.15-534

Datum
13.01.2016

Im Vertrauen ...

001/2016

Übergriffe in deutschen Städten in der Silvesternacht und der damit zusammenhängende Vertrauensverlust von Bürger*innen gegenüber staatlichen Organen

Stellungnahme von Prof. Dr. Martin K.W. Schweer (Leiter des ZfV)

In der Silvesternacht kam es am Kölner Hauptbahnhof und auf der Domplatte, aber auch in anderen deutschen Großstädten wie Hamburg und Stuttgart massenhaft zu Übergriffen auf Passantinnen: Nach Angaben der Kölner Polizei hatten sich aus einer Menge von rund 1000 Männern mit überwiegend nordafrikanischem bzw. arabischem Hintergrund immer wieder kleinere Gruppen gelöst und anwesende Frauen umringt, bedrängt und zum Teil unsittlich berührt. Dabei wurden den Frauen auch Gegenstände und Wertsachen entwendet. Die Zahl der Strafanzeigen lag zuletzt bei mehr als 500 (Stand 12.01.), wobei es in etwa 40% der Fälle auch zu sexuellen Übergriffen gekommen sein soll. Dennoch fanden diese massiven Vorfälle bei den zuständigen Behörden zunächst keine Erwähnung, in einer Mitteilung vom Neujahrstag sprach die Kölner Polizei sogar von einer ruhigen Nacht. Als dann nach und nach das Ausmaß der Geschehnisse deutlich wurde, offenbarten sich im Laufe der folgenden Tage nicht nur gravierende Fehleinschätzungen durch die Einsatzkräfte vor Ort, sondern auch eine zum Teil chaotische Informationspolitik innerhalb der Polizeibehörden, so dass im Zuge der Aufbereitung der Vorfälle bereits erste personelle Konsequenzen durch das nordrhein-westfälische Innenministerium erfolgten, etwa die Versetzung des bisherigen Kölner Polizeipräsidenten Wolfgang Albers in den einstweiligen Ruhestand. Damit sind nicht nur Verantwortlichkeitszuweisungen verbunden, personelle Umstrukturierungen an politisch und behördlich relevanter Stelle dienen einem gesellschaftlichen Teilsystem auch immer als weithin sichtbares Signal der Selbstreinigung und des Bemühens, drohenden Vertrauensverlusten durch die Bürger*innen gegenüber staatlichen Organen zu begegnen. Gerade in einem politisch aufgeladenen Klima, in dem sich aufgrund des Zuzugs hunderttausender Flüchtlinge

in Teilen der Bevölkerung ein schleichendes Unsicherheitsgefühl der Überfremdung und des Statusverlustes einstellt, offenbart die scheinbare Ohnmacht der Staatsgewalt und vor allem das anfängliche Bemühen der Kölner Polizei, das tatsächliche Ausmaß der Geschehnisse zu relativieren und die Herkunft der Tatverdächtigen zu verschweigen, ein Dilemma: Sollen brisante Informationen, etwa dass es sich bei einem Teil der Verdächtigen offensichtlich um Asylsuchende handelt, bewusst zurückgehalten werden, um die überwiegende Mehrheit der Flüchtlinge nicht in Misskredit zu bringen? Angesichts dieser Strategie werfen nun nicht nur verunsicherte Bürger*innen der Polizei Verschleierung der tatsächlichen Umstände und Versagen vor, auch die politische Opposition sowie die nationale und internationale Presse positionieren sich gegen eine solche falsch verstandene politische Korrektheit und fordert rasche Aufklärung, wenngleich das zuständige nordrhein-westfälische Innenministerium um den mittlerweile unter erheblichen Druck geratenen Innenminister Ralf Jäger (SPD) betont, keinerlei Anweisungen zum Verschweigen der Herkunft der mutmaßlichen Täter gegeben zu haben.

Letztendlich dürfen die deutschen Behörden und die zuständigen Politiker*innen auf keinen Fall den Eindruck erwecken, weiterhin relevante Informationen zurückzuhalten und die Öffentlichkeit bewusst über die tatsächlichen, wenngleich möglicherweise unbequemen und politisch brisanten Umstände hinweg zu täuschen. Ein solches Verhalten, auch wenn es im Grunde hehre Ziele verfolgt, hinterlässt in der Bevölkerung immer ein Gefühl der Unsicherheit und des Ausgeliefertseins - gerade dann, wenn der Verdacht aufkommt, dass wichtige oder unbequeme Entscheidungen nicht in demokratisch-legitimierten Prozessen, sondern hinter verschlossenen Türen getroffen werden. Entscheidungsträger*innen, die im Zuge solcher Affären öffentlichkeitswirksam ihr Amt verlieren, werden häufig als Bauernopfer wahrgenommen, was bestehendes Misstrauen gegenüber Politik und staatlichen Institutionen, abzulesen etwa an der großen Zahl von Nichtwähler*innen und dem Zulauf rechtspopulistischer Gruppierungen, weiter befeuert. Verlorengegangenes Vertrauen in Politik und Behörden lässt sich nur mit Ehrlichkeit und schonungsloser Offenheit bei gleichzeitiger Sachlichkeit und Ergebnisoffenheit zurückgewinnen.

Vechta, 13.01.2016

Pressekontakt:

Prof. Dr. Martin K.W. Schweer
Universität Vechta
Zentrum für Vertrauensforschung
Telefon +49 (0) 4441.15 534/-535/-531/-541
Fax +49 (0) 4441.15 6715727
E-Mail info.zfv@uni-vechta.de